



Übernutzt und Grenzabstände verletzt. Der Neubau der Familie Jacobi-Duss ist in Seltisberg ein Politikum. Foto F. Bärtschiger

Kommission rüffelt Duss

Eigenheim-Affäre Jacobi wird zur Affäre von Ehefrau Vanessa Duss

Von Daniel Wahl

Seltisberg. Es hätte nach den unruhlichen Schlagzeilen in der Eigenheim-Affäre des Kantonsingenieurs Oliver Jacobi und den Behördenfilz in der Gemeinde Seltisberg eine Art Befreiungsschlag werden sollen: Ehefrau Vanessa Duss Jacobi, die wegen der Affäre bei den Gemeindevahlen im Februar auf dem letzten Platz das absolute Mehr nicht erzielte, teilte nach einem «Timeout» in Spanien allen Seltisbergern mit, dass sie am 10. April in den zweiten Wahlgang geht. Mit Wahlempfehlung ihrer bisherigen Gemeinderatskollegen und der Gemeindeverwaltung. Aber genau das wurde in Seltisberg in vielen Haushalten mit grossem Befremden zur Kenntnis genommen. Dies nicht zuletzt, weil die anderen drei neuen Kandidaten, der Wirtschaftsinformatiker Tobias Grieder oder der Unternehmer Charles Racz oder die Jungpolitikerin mit dem besseren Wahlergebnis im ersten Wahlgang, Naomi Reichlin, mit gleich langen, amtlichen Spiessen, den zweiten Wahlgang eröffnet hätten. Aber offenbar ist der Behördenfilz in Seltisberg, der schon bei der Eigenheim-Affäre kritisiert worden ist, dicht gewoben.

Den Boden aus dem Fass geschlagen hat aber die zweite Darstellung im Seltisberger Gemeindeanzeiger, der der Dorfbevölkerung vor Ostern in die Briefkästen flatterte. Dort erklärte der unter dem Filz-Vorwurf stehende Gemeinderat, wie die Eigenheim-Affäre wirklich zu bewerten sei, und Vanessa Duss Jacobi stellte «nach der medialen Verzerrung» in einem zweiseitigen Inserat die «Tatsachen» angeblich richtig.

Beim genauen Betrachten zeigt sich ein sehr selektives Wahrnehmungsver-

mögen der Behörden wie auch der an der Luzerner Uni dozierenden Rechtswissenschaftlerin. In ihrer Stellungnahme reduziert die Juristin die zahlreichen Verstösse gegen die Baugesetze zu einem «hängigen Verfahren», in welchem «noch nichts entschieden» sei. Es gehe darum, dass der Neigungswinkel ihres «Schöpflin» nicht stimme. Mit Empfehlung des Gemeinderates könne diese Verletzung des Baugesetzes nachträglich geheilt respektive bewilligt werden.

Kein Wort davon, dass auch der Swimmingpool bis auf einige Dezimeter an die Nachbargrenze gebaut wurde, mit keinem Wort erwähnte sie die brachiale, zwölf Meter lange und hohe Betonmauer, die sie ihren Nachbarn quasi vor die Nase gebaut und so den Grenzabstand verletzt hatte. Ein Näherbaurecht sei eine Frage der Terrinauf-füllung, meint sie.

Informationen unterschlagen

Der Gemeinde Seltisberg ging es ihrerseits darum, sich aus der Verantwortung zu nehmen. Dafür zitiert sie einen Newsletterauszug des kantonalen Bauinspektorats aus dem Jahr 2010 – «das Baubewilligungswesen ist die Sache des Kantons» –, unterschlägt der Bevölkerung aber die Information, dass der Gemeinde «ein erheblicher Spielraum» zukomme, «insbesondere bei Abweichungen oder zonenwidrigen Bauvorhaben».

Beim genauen Hinschauen dürfte sich das Fürschreiben für Vanessa Duss Jacobi als ein Rohrkrepiere erweisen, denn parallel dazu hat auch die Geschäftsprüfungskommission ihre Erkenntnisse publiziert und straft die Darstellung des Gemeinderats und von Duss Lügen. Als Versäumnis gerüffelt

wird, dass Tiefbauchefin Vanessa Duss und die zwei involvierten Mitglieder der Bau- und Planungskommission (BPK) sehr wohl informiert waren, dass bei der Ausführung des Projekts nicht nach genehmigten Plänen gebaut worden ist. «Weder die BPK noch der Gemeinderat handelten, als sie das entsprechende Schreiben des kantonalen Bauinspektorates erhielten.» Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte der Gemeinderat diese Sache einer genaueren Prüfung unterziehen müssen, findet die GPK. Zudem sei auch die Ausstandsregel verletzt worden. «Es betraf ein Mitglied des Gemeinderats», heisst es. Wie Peter Knechtli von *Onlinereports* herausgefunden hat, «war es Vanessa Duss Jacobi» selbst.



Vanessa Duss Jacobi.

Gegenüber der *Basellandschaftlichen Zeitung* erklärte Duss Jacobi, sie hätte sich mehrfach gütlich mit den Nachbarn zu einigen versucht. Nachbarin Vera Hasenböhler entgegnet, dass sie kein vernünftiges Angebot erhalten hätte, um die Verletzung der Grenzabstände zu entgelten. Im Gegenteil sei sie von Duss Jacobi mit Drohungen und Anschuldigungen eingedeckt worden.

Der aussichtsreichste Gegenkandidat, der 50-jährige Tobias Grieder, der «nicht öffentlich kritisieren, sondern mehr Kompetenz in den Gemeinderat bringen will», kann sich ob dieser Entwicklung nur freuen. «Unter diesen Umständen muss ich nicht mehr gross Wahlkampf machen», stellt er fest.

Der aussichtsreichste Gegenkandidat, der 50-jährige Tobias Grieder, der «nicht öffentlich kritisieren, sondern mehr Kompetenz in den Gemeinderat bringen will», kann sich ob dieser Entwicklung nur freuen. «Unter diesen Umständen muss ich nicht mehr gross Wahlkampf machen», stellt er fest.

Zwingen will sein Wasser unbeirrt verteidigen

Landratskommission entscheidet gegen die Quellen

Von Thomas Dähler

Zwingen/Liestal. Im Laufental tobt ein handfester Streit um die Wasserquellen Bernhardsmätteli und Pfandel auf dem Gemeindegebiet von Zwingen. 611 Personen haben eine Petition der Gemeinde und der Burgerkorporation Zwingen für den Erhalt der beiden Quellen unterschrieben, inzwischen auch unterstützt von der Gemeinde und der Burgerkorporation Blauen. Der Baselbieter Regierungsrat will die beiden Quellen schliessen, um auf dem Gemeindegebiet von Blauen eine Inertstoffdeponie errichten zu können. Unterstützt wird der Regierungsrat von der Bau- und Planungskommission des Landrats. Der Rat entscheidet am 14. April. Dagegen kann das Referendum ergriffen werden. Zwingen und Blauen sind entschlossen, den Kampf wenn nötig fortzusetzen.

Wasser ist ein emotionales Thema. Seit 117 Jahren bezieht Zwingen Wasser aus den beiden Quellen Bernhardsmätteli und Pfandel. Mit entsprechend grossem Einsatz wehren sich die Betroffenen gegen den Eingriff durch den Kanton. Politisch unterstützt wird Zwingen auf Kantonsebene durch die Landräte Georges Thüring (SVP), Marc Scherrer (CVP), Linard Candrea (SP), Franz Meyer (CVP) und Jacqueline Wunderer (SVP). Dennoch blieb Zwingen in der Bau- und Planungskommission des Landrats auf verlorenem Posten. Diese hat sich zwar sehr eingehend mit dem Problem befasst, auch Besichtigungen im Gelände durchgeführt, aber dennoch gegen die Quellen entschieden. Mit neun zu drei Stimmen entschied die Kommission zugunsten der Deponien. Keines der sechs Laufentaler Landratsmitglieder gehört der Kommission an. Dass der Landrat den Kommissionsentscheid kippt, ist zwar wenig wahrscheinlich, doch hinter den Kulissen sind die Laufentaler Vertreter, wie sie sagen, fleissig am Lobbyieren.

Die Kommission gewichtet die Notwendigkeit einer geeigneten Deponie

höher. Sie beantragt dem Landrat, die Deponie Stutz auf dem Gemeindegebiet von Blauen im Richtplan zu verankern. Der Kanton ist gesetzlich verpflichtet, nicht wertverbares Aushubmaterial und Baustoff in eine geeignete Inertstoffdeponie zu entsorgen. Die Evaluation eines Standorts für die Region Basel-Laufen-Dorneck-Thierstein haben die Kantone Baselland, Basel-Stadt und Solothurn gemeinsam durchgeführt.

Keine Alternative für die Deponie

Dabei hat sich herausgestellt, dass der Standort Stutz der geeignetste ist und das Inertstoffproblem für 20 Jahre lösen könnte. Heute wird der grösste Teil des Materials ins Ausland geführt. Den von Zwingen vorgeschlagenen Alternativstandort Schäftlete lehnt die Kommission ab, weil dort das Volumen zu klein ist und dieser deshalb nur für wenige Jahre reicht, und weil der Standort zudem in einem Naturschutzgebiet liegt. Es wäre schwierig, diesen Standort gegenüber dem Bundesamt für Umwelt zu vertreten. In Aussicht stellen die kantonalen Behörden, dass die Zufahrt zur Deponie Stutz über einen neuen Kreisweg gelöst wird und dass die Wasserversorgung für Zwingen anderweitig sichergestellt wird.

Dies alles ändert nichts daran, dass Zwingen, angeführt von Gemeindepräsident Ermando Imondi und Burgerpräsident Peter Hueber, weiter für seine Wasserquellen kämpfen will. Beim Hochwasser von 2007 sei es exakt diesen Quellen zu verdanken gewesen, dass das Trinkwasser weiter gesichert blieb. Blauen, das anfangs zurückhaltend war, unterstützt die Nachbargemeinde. Immerhin stammen von den 611 Unterschriften der Petition 204 aus Blauen. Die beiden Quellen Bernhardsmätteli und Pfandel werden zurzeit zwar nur mit einer provisorischen Bewilligung genutzt, doch sind Investitionen in die Verbesserung der Infrastruktur sowie eine Erweiterung der Wasserschutzzone geplant.

Polizei gibt Auskunft über Kosten

Sicherheitsdirektion korrigiert Aussagen zu «Super Puma»

Liestal. Die Baselbieter Polizei beteiligt sich momentan an einem Polizeihelikopter der Zürcher Polizei und verzichtet bei Sucheinsätzen aus der Luft vermehrt auf die Gratihilfe der Schweizer Luftwaffe (die BaZ berichtete). Bislang wurden der Basler Zeitung von den Polizeisprechern Meinrad Stöcklin und Roland Walter keine ungefähren Kosten zu möglichen Helikoptereinsätzen genannt. Die Kommunikationsleiterin der Sicherheitsdirektion, Barbara Richard, gab gestern Aufschluss: Eine Flugminute werde mit 41 Franken abgegolten.

2015 beliefen sich die Kosten für Helikoptereinsätze auf 68880 Franken. Auch korrigierte sie die Aussage ihres Kollegen Stöcklin, wonach der «Super Puma» der Armee nicht obsolet werde, «sondern der Polizei im Vergleich zum Polizeihelikopter einfach bestimmte Vorteile nicht bieten kann, welche dieser anbietet», sagte Richard. Welche technischen Vorteile der Polizei-Heli habe, könne man aber aus taktischen Gründen nicht bekannt geben. Im vergangenen Jahr flog die Baselbieter Polizei insgesamt 28 Einsätze. sa

Schlechte Resultate für neue Fremdsprachenideologie

Erziehungsdirektoren rennen ins Fiasko

Von Michael Pedrazzi

Die kürzlich erschienene wissenschaftliche Studie des Instituts für Mehrsprachigkeit (IfM) der Universität Freiburg sowie der Pädagogischen Hochschule Freiburg ist brisant. Sie unterlegt die flächendeckende Kritik in der Deutschschweiz an der neuen Bildungsideologie nun auch statistisch. Die Lernziele der Zürcher Primarschüler und Primarschülerinnen in den beiden Fremdsprachen werden von den meisten Lernenden deutlich verfehlt. Lediglich 3,4 Prozent der Kinder erreichen in Französisch die Lernziele in der Fertigkeit Sprechen und 8,7 Prozent beim Hören. Beim Schreiben und Lesen resultieren 37 Prozent und 30,7 Prozent. Diese Resultate sind ernüchternd und müssen als schlecht bezeichnet werden. Dass die Lernzielerreichung in Englisch lediglich knapp über 60 Prozent liegt, ist zwar besser, aber noch immer deutlich unbefriedigend und müsste auch den Bildungsfantasten dieser neuen Mehrsprachigenideologie zu denken geben.

Französisch ist den Schülerinnen und Schülern als romanische Sprache naturgemäss fremder als eine germanische wie Englisch. So wird deutlich, dass Französisch umso dringender einen strukturierten Aufbau mit einer klaren Grammatik als Fundament bedingt. Den Spracherwerb mittels zwei oder drei Wochenlektionen einem

Wissenschaftlich fundierte Studien werden ausgeblendet und ignoriert.

Sprachbad gleichsetzen zu wollen, grenzt an Realitätsverlust oder Überheblichkeit. Mit einer solchen Beliebkeitspädagogik auf der Primarstufe gleich zwei Fremdsprachen realisieren zu wollen, kann nicht zielführend sein und muss zwangsläufig in einem Fiasko enden.

Der Schweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) sowie der Deutschschweizer Erziehungsdirekto-

renkonferenz (D-EDK) müssten bei derart flächendeckendem Widerstand aus Fachkreisen und seitens vieler besorgter Eltern längst die Alarmglocken gebimmelt haben. Aber anstelle sich und ihren Reform-Irrsinn zu hinterfragen, werden selbst linke Kritiker mantrahft in eine rechts-konservative Ecke gedrängt. Kritik ist unerwünscht.

Weder die verheerenden Rückmeldungen der Oberstufen aus den Kantonen Bern und Solothurn noch die soeben bekannt gewordene Studie der IfM vermögen offenbar die Reformpolitik vom Wunschgedanken abbringen, den alleinigen Stein der Weisen entdeckt zu haben. Auch andere wissenschaftlich fundierte Studien, wie zum Beispiel diejenige von Simone Pfenniger von der Universität Zürich, werden konsequent ausgeblendet und ignoriert, ganz nach dem Motto: Es darf nicht wahr sein, was wahr ist.

Was braucht es noch mehr, um aufzuzeigen, dass in diesem Land ideologisch geprägte Fantasten an den Schaltebeln der Bildung respektive den Schreibtischen der kantonalen Verwal-

tungen sitzen und im Begriff sind, ebendiese Bildung in Grund und Boden zu fahren? Wie viele Generationen an Schulkindern werden den Preis zahlen müssen für ihre ideologischen Experimente, die nicht ein einziges Mal wissenschaftlich erhärtet worden sind?

Professionalität würde die Fähigkeit bedeuten, Fehler einzugestehen und sie korrigieren zu können. Stattdessen wird aus den Bildungsdirektionen lakonisch und gleichermassen hilflos verkündet, die Umwälzung einer Rückkehr zu Bewährtem wäre zu gross und es sei schon zu viel Geld reingebuttert worden. Diese Ausrede ist jämmerlich. Man bereitet auch nicht krampfhaft ein vergammeltes Rindsfilet zu – nur weil es teuer war.



Michael Pedrazzi ist Lehrer und Vorstandsmitglied der Starken Schule Baselland.

Nachrichten

Vernehmlassung zum Personalgesetz

Liestal. Die Regierung hat gestern eine Teilrevision des Personalgesetzes in die Vernehmlassung geschickt. Geplant ist insbesondere eine neue Whistleblower-Regelung. Nicht mehr aufgezählt werden im Gesetz die Gründe für ordentliche Kündigungen. Zudem werden die Weiterbildungsmöglichkeiten eingeschränkt. Der VPOD Basel hat bereits Widerstand gegen die Gesetzesrevision in seiner jetzigen Ausgestaltung angekündigt.

Tiefbauamt untersucht den Strassenbelag

Oberwil. Das Tiefbauamt eröffnet am 4. April eine spezielle Baustelle: Auf einem 50 Meter langen Abschnitt werden Testarbeiten an der Bielstrasse durchgeführt. In diesem Strassenstück im Bereich Löliwald zwischen Oberwil und Biel-Benken wird der Belag entfernt, das Material in verschiedenen Tiefen untersucht und danach wieder eingebaut. Die Strasse wird in rund zwei Jahren instand gestellt.